

Politik auf den Punkt gebracht

Ausgabe 2017/3
22.02.2017



Bundespräsidenten-
wahl
Länderfinanzausgleich
Gespräch mit Bundeskanzlerin
Sicherheit
Verfassungsschutzpräsident
Maaßen in Geislingen
Pressemitteilung
Gute Nachricht

Hermann Färber

Mitglied des Deutschen Bundestages

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

gerne berichte ich Ihnen heute wieder in kurzer und hoffentlich für Sie informativer Weise über die vergangene Sitzungswoche in Berlin sowie eine interessante Veranstaltung im Wahlkreis.

Bundespräsidentenwahl

Als Mitglied der Bundesversammlung hatte ich die Ehre, unser neues Staatsoberhaupt wählen zu können. Ich wünsche Frank-Walter Steinmeier als Bundespräsident eine glückliche Hand für unser Land!

Nach wie vor bleibe ich bei meiner Meinung, dass ich es sehr begrüßt hätte, wenn die Union, als größte Fraktion auch in der Bundesversammlung einen eigenen Kandidaten aufgestellt hätte. Das hat leider nicht geklappt und unter der vorhandenen Kandidaten war Frank-Walter Steinmeier nicht nur der beste sondern schlicht der einzig wählbare Kandidat. Ich verstehe das Amt des Bundespräsidenten als überparteilich, deshalb habe ich diesen Kandidaten dann auch unterstützt und gewählt.

Die für mich beeindruckendste Rede hat am Sonntag aber Bundestagspräsident Norbert Lammert gehalten. Er mahnte zur Verteidigung unserer westlichen Werte: „Wer Abschottung anstelle von Weltoffenheit fordert und sich sprichwörtlich einmauert, wer statt auf Freihandel auf Protektionismus setzt und gegenüber dem Zusammenarbeiten der Staaten Isolationismus predigt, wer damit zum Programm erklärt: Wir zuerst, darf sich nicht wundern, wenn es ihm andere gleich tun – mit allen fatalen Nebenwirkungen für die internationalen Beziehungen, die uns aus dem 20. Jahrhundert bekannt sind.“

Ich kann wirklich jedem nur empfehlen in diese Rede einmal reinzuhören: Sie bringt die riesigen Herausforderungen, vor denen wir derzeit stehen, sehr klar auf den Punkt – und der für Norbert Lammert typische Optimismus und Humor kommt auch nicht zu kurz.

<https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/reden/2017/003/492714>

Reform des Länderfinanzausgleichs

Die Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist eine Herkulesaufgabe, sie ist aber auch dringend notwendig. Wir haben derzeit die paradoxe Lage, dass dem Staat Gelder für Investitionen zur Verfügung stehen, die aber aus verfahrenstechnischen Gründen nicht abgerufen werden können. Das lässt sich keinem Bürger mehr erklären, da müssen wir dringen ran. Die Debatte darüber haben wir in dieser Sitzungswoche begonnen.

Vorgesehen ist, den Ausgleich der Finanzkraft der Länder nicht wie bisher durch einen Finanzausgleich unter den Ländern vorzunehmen, sondern im Rahmen der Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer. Die Bundesregierung schlägt vor, dass sich der Bund zu einer zusätzlichen finanziellen Beteiligung bereit erklärt, die im Jahr 2020 rund 9,5 Milliarden Euro betragen wird. Alle Länder stellen sich dadurch besser und können die Schuldenbremse ab 2020 sicher einhalten. Der Stabilitätsrat wird gestärkt und überwacht die Einhaltung der Schuldenbremse zukünftig auch auf Länderebene.

Über renovierungsbedürftige Schulen regen sich nicht nur Eltern und Schüler auf, wir werden als Staat insgesamt damit unserem Bildungsauftrag nicht gerecht. Deshalb wollen wir durch eine Verfassungsänderung möglich machen, dass der Bund in diesen Fällen die Kommunen bei der Finanzierung unterstützen können.

Um die Planung bei Verkehrsprojekten zu verbessern, wollen wir eine beim Bund angesiedelte Infrastrukturgesellschaft Verkehr schaffen. Ich kann jetzt nicht fest versprechen, dass dies zu einem schnelleren Baubeginn für unseren A8-Albaufstieg führt, es soll für die Zukunft aber in jedem Fall verhindern, dass sich Planungen über Jahrzehnte hinziehen.

Gespräch mit Bundeskanzlerin



Bild: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Am Dienstag hatte die Arbeitsgruppe Petitionen der CDU/CSU-Fraktion, der auch ich angehöre, ein Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel im Bundeskanzleramt. Dabei ging es um die Themenschwerpunkte unserer Arbeit und wir tauschten uns in einem informativen Gespräch aus.

Sicherheit

Wir setzen in dieser Woche ein unmissverständliches Signal, dass wir Gewalt gegenüber Einsatzkräften nicht hinnehmen. Rabiate Angriffe auf Polizei- und Rettungskräfte nehmen immer mehr zu. Diese Attacken sind völlig inakzeptabel. Endlich ist der Koalitionspartner auf die langjährige Forderung der Union eingeschwenkt, einen besseren Schutz nicht nur in Sonntagsreden einzufordern, sondern auch mit Hilfe des Strafrechts durchzusetzen.

Zukünftig droht den Angreifern von Polizisten nicht nur bei so genannten Vollstreckungshandlungen wie Festnahmen eine Strafe, sondern bereits bei allgemeinen Diensthandlungen wie dem Streifengang und der Unfallaufnahme. Zusätzlich wird eine Mindeststrafe von drei Monaten eingeführt und der Kreis der besonders schweren Fälle erweitert. Trägt der Angreifer etwa eine Waffe bei sich, so droht auch dann eine besonders hohe Strafe, wenn er diese nicht verwenden wollte.

Die strafrechtlichen Regelungen zum besseren Schutz von Polizei- und Rettungskräften stehen in einer Linie mit weiteren Maßnahmen zur Stärkung unserer Polizei. Neben der bereits beschlossenen Schaffung von 10.000 neuen Stellen bei den Sicherheitsbehörden des Bundes (u. a. bei Bundespolizei und BKA) schaffen wir die Möglichkeit zum Einsatz so genannter Bodycams, die Angriffe auf Bundespolizisten eindämmen sollen.

Verfassungsschutzpräsident Maaßen in Geislingen



Bild: Mario De Rosa

„Sicherheit dient der Freiheit und der staatlichen Souveränität“, hob der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Hans-Georg Maaßen, in Geislingen hervor. In einem sachlichen und sehr informativen Vortrag schilderte er die umfangreichen, sich ständig ändernden Gefahrenlagen und berichtete auf anschauliche Weise von der Arbeit seiner Behörde. In der gut besuchten Geislinger Jahnhalle erläuterte er anhand konkreter Beispiele die Schwierigkeiten seines Amtes zahlreichen Hinweisen nachzugehen, Gefährder jeglicher Art aufzuspüren und Gefahren zu verhindern. Er appellierte bei der gemeinsamen Veranstaltung der CDU-Nordwürttemberg, des CDU-Kreisverbands Göppingen und des Bezirksverbands des CDU-Arbeitskreises Polizei, dass es kein Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit geben dürfe, da Sicherheit der Freiheit diene und Freiheit ohne Sicherheit nichts bringe. Weitere Bilder finden Sie [hier](#).

Aktuelle Pressemitteilung

Hermann Färber MdB: „Mehr Rechtssicherheit für Unternehmer und Arbeitgeber“
CDU-Bundestagsabgeordneter informiert über Reform des Insolvenzanfechtungsrecht
http://www.hermann-faerber.de/lokal_1_1_155_Hermann-Faerber-MdB-Mehr-Rechtssicherheit-fuer-Unternehmer-und-Arbeitgeber.html

Gute Nachricht zum Schluss

Das Europäische Parlament hat am Donnerstag dem umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen mit Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement, kurz: CETA) zugestimmt. Damit sollen künftig unter anderem Zölle für die meist gehandelten Waren und Dienstleistungen wegfallen. Außerdem soll eine gegenseitige Anerkennung von Zertifizierungen erfolgen, was den Handel ebenfalls erleichtern würde. Darüber hinaus sollen einige Branchen – neben vielen weiteren Erleichterungen – Marktzugänge erhalten. Alles in allem ein ausgewogenes und rundes Maßnahmenpaket mit einem wichtigen Wirtschafts- und Handelspartner, der unsere europäischen Werte teilt. Ich bin froh, dass hier die wirtschaftlichen Chancen angemessen berücksichtigt wurden und Angstkampagnen dies nicht verhindern konnten. Mit einem klaren Ergebnis von 408 Stimmen bei 254 Gegenstimmen und 33 Enthaltungen ging ein positives Signal des Europäischen Parlaments an die Mitgliedstaaten aus, die das Abkommen vor dem endgültigen Inkrafttreten noch ratifizieren müssen.

Gerne können Sie meinen Newsletter an Interessierte weiterleiten oder sich [hier](#) für den weiteren Bezug an- bzw. abmelden.

Beste Grüße

Hermann Färber



Hermann Färber
Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kreis Göppingen
Heidenheimer Straße 68 | 73079 Sülzen | 07162 3057057 | hermann.farber@bundestag.de